

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M. viertel-  
jährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Ledertwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 13 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 31. März 1911

## Kollegen und Kolleginnen!

In der Zeit vom 1. bis 15. April soll in unserem Berufe eine

## Statistische Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen

aufgenommen werden. Keiner darf sich von dieser Arbeit ausschließen, soll das Bild unserer Erwerbsverhältnisse ein vollständiges sein. Jeder ist verpflichtet, an dem Gelingen dieser Arbeit nach Kräften mitzuarbeiten, und bitten wir um die größtmögliche Verbreitung der Fragebogen. Die gemachten Angaben sind streng vertraulich, und werden die Querschnitte erst durch den Zentralvorstand geöffnet.

Der Zentralvorstand.

**Inhalt:** Kollegen und Kolleginnen. — Beitragszahlung — Streiknotizen. — Zur bevorstehenden statistischen Erhebung in unserem Berufe. — Ein Blatt der Erinnerung — Ein Leuchtturm ohne Wälder. — Die neuen Rheinweber. — Jahresbericht vom Gau Hamburg für 1910. — Streits und Lohnbewegungen. — Aus unserem Berufe. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Genossenschaftliches. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Bücherchau. — Adressen-Veränderungen. — Sterbetafel. — Versammlungsterminber. — Anzeigen.

Für die Woche vom 2. bis 8. April ist der 14. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

### Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Berlin.** Die Tapezierer stehen hier im Streik.

**Bremerhaven.** Hier stehen die Tapezierer in einer Lohnbewegung.

**Essen a. Ruhr.** Hier bestehen Differenzen der Militärsattler bei der Firma Wälder.

**Hannover.** Die Kollegen der Firma Passier u. Sohn stehen in einer Lohnbewegung.

**Potsdam.** In der Postwagenfabrik von G. Zimmermann Nachf. sind Differenzen ausgebrochen.

**Spandau.** Bei der Firma G. Willeh stehen die Militärsattler wegen Nichtanerkennung des Berliner Tarifs im Streik.

**Strasburg i. Elz.** In der Militäreffektenfabrik von Jaussen bestehen Differenzen, die zur Arbeitsniederlegung führen können.

**Zeitz.** Bei zwei Firmen wurden die Forderungen bewilligt. Die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen noch im Streik.

**Österreich.** Die Maschinriemer der Firma Rudischofsky in Wien befinden sich im Abwehrstreik, desgleichen sind Prag und Graz zu meiden.

**Schweiz.** Die Firma Landis, Reiseartikelfabrik, in Dersikon bei Zürich, ist gesperrt. Sattler und Täschner haben den Betrieb zu meiden.

Von allen obengenannten Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

### Zur bevorstehenden statistischen Erhebung in unserem Berufe.

P. B. In den nächsten Tagen wird im ganzen Reiche durch unsere Funktionäre und Mitglieder der Versuch unternommen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Gewerbe festzustellen. Die Pflege der Berufsstatistik bildet sogar ein erstklassiger Programmpunkt unserer Organisation, wie wir im § 2 unseres Verbandsstatuts nachlesen können. Einzelne Orte und Branchen sind auf diesen Gebiete auch ständig tätig, wenn auch nur mit mittelmäßigem Erfolge. Die Zentralinstanzen entschließen sich schon schwerer zu solchen Aufgaben, weil eine Armee von Arbeitern damit verknüpft sind, die in den meisten Fällen in keinem gefunden Verhältnis zu den Resultaten stehen. Der Ausbau unserer Organisations-einrichtungen läßt zwar heute schon eher die Vermutung zu, daß eine solche Erhebung eine ziemlich umfassende sein wird. Wir erinnern uns noch ganz genau, als wir vor sechs Jahren

an diese Arbeiten herangingen und uns wenig zusehndlich ausprägten. Die Enttäuschung war daher eine sehr angenehme, wie wir mit einem sehr guten Resultat aufwarten konnten, wenigstens auf den Umfang der Erhebung. Die letzte statistische Erhebung bei den Sattlern geschah im Jahre 1905 und konnten die Ergebnisse der Dresdener Generalversammlung (1906) vorgelegt werden. Bei den Portefeullierern liegen die Dinge noch um zwei Jahre weiter zurück und sind die Resultate in dem Protokoll vom ersten Verbandstag in Offenbach (1904) enthalten. Unsere Kollegenschaft ist daher in diesen Arbeiten etwas aus der Übung gekommen. Es hatte vor drei Jahren die Absicht bestanden, wiederum eine derartige Erhebung zu veranstalten. Da aber die Ausichten auf die Verschmelzung mit dem Verbands der Portefeullier ziemlich gute waren, so lag der Gedanke nahe, diese Arbeiten gemeinschaftlich zu machen. Die schon erteilte Zusage wurde aber später vom Vorstand des Verbandes der Portefeullier zurückgezogen, insofern der umfangreichen Tarifarbeiten, die zur fraglichen Zeit in Angriff genommen waren. Auf diese Weise wurde unsere jetzige Arbeit bis zum heutigen Tage hinaus geschoben. Damit wir aber eine möglichst treffende Darstellung unserer Arbeitsbedingungen erzielen, haben wir seit einem halben Jahre die Kollegen und Kolleginnen zu einer gewissen Vorarbeit herangezogen. Nach alledem, was uns durch unsere Funktionäre mitgeteilt wurde, haben die statistischen Karten zur Eintragung der wöchentlichen Arbeitszeit, des Verdienstes usw. durchgängig eine gute Aufnahme gefunden und werden zur Stunde, wo es allerdings zu spät ist, noch welche mehr verlangt. Für den Zentralvorstand war die Frage der laufenden Erhebung das schwierigste Problem, wir glauben aber heute sagen zu dürfen, daß wir für später

ganz auf eine laufende Erhebung auf ein ganzes Jahr vornehmen können. Kommt einige Worte zu dem Schlusstein dieser Erhebung.

Zu der Zeit vom 1. bis 15. April sollten in allen Orten und Vertrieben die Kollegen und Kolleginnen um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen befragt werden. Vor allen Dingen in großer Wert darauf zu legen, daß soviel Kollegen als nur irgend möglich in die Erhebung einbezogen werden. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, nur die Verhältnisse der organisierten Arbeiter erfassen zu wollen, sondern der Wert einer solchen Erhebung wird außerordentlich erhöht, wenn es gelingt, auch einen großen Teil Nichtorganisirter zu wahrheitsgemäßen Angaben veranlassen zu können. Mit Hilfe der den Ortsverwaltungen angegliederten Einzelmitglieder müssen wir verhindern, in die weitesten Kreise einzudringen. Die Erhebung des Zahlverbands vom Jahre 1905, welche über 1300 auf ausgefüllte Fragebogen erstellte, konnte bereits feststellen, daß fast 25 Proz. Nichtorganisierte darunter waren. Wir hatten damals noch nicht den eigenen Beantwärtungsapparat wie heute und mußte es uns jetzt noch viel leichter gelingen, einen derartigen Prozentsatz zu erreichen. Insbesondere müssen die Gauleiter verhindern, mit Hilfe der Kartelle und Arbeitersekretariate ein Teil Fragebogen einzubekommen, um ein möglichst geschlossenes Bild unserer Verhältnisse zu erlangen.

Die Form des geschlossenen Nummern dürfte auch dazu beitragen, daß die Fehler von 1905 vermieden werden. Wo ganze Ortsverwaltungen sich an der Statistik nicht beteiligten, weil die Mitglieder befürchteten, daß mit ihren Angaben unsonstere Dinge betrieben werden könnten, ob schon derartige Bestimmungen durchaus grundlos waren. Das stört wird also in der Hauptverwaltung erst wieder geöffnet.

Zu der Ausfüllung des Fragebogens sei zunächst bemerkt, daß wir die Mitglieder bitten, wobei die Rückseite genau zu beachten und in zweifelhaften Fällen die Ortsfunktionäre zu Rate zu ziehen. Vor allen Dingen ist Gewicht darauf zu legen, daß die Stellung im Betriebe klar aus der Beantwortung hervorgeht. Ob jemand Werkführer oder Gehilfe, Hilfsarbeiter oder Arbeiterin in der Werkstatt des Unternehmers oder beim Zwischenmeister oder, ob er als Heimarbeiter zu Hause tätig ist, alles dieses muß klar zu erkennen sein. Ferner muß die Branchenzugehörigkeit genau angegeben werden und bitten wir, nur eine derjenigen Bezeichnungen zu wählen, welche auf der Rückseite

angegeben sind. Betreffend die Arbeitszeit, Heberstunden, Lohn- oder Akkordarbeit, Verdienst und dergleichen ist alles so genau auf der Fragekarte zergliedert, daß fast jedes weitere Wort überflüssig erscheint. Auch ist die Anzahl der Fragen so beschränkt, daß die Ausfüllung derselben als eine Müheleistung für den einzelnen kaum bezeichnet werden kann.

Vorauß hier nochmals besonders darauf verweisen werden muß, das ist, daß die Kollegen und Kolleginnen sich bei ihren Angaben nur von der Wahrheit leiten lassen. Eine solche Erhebung wird mit dem Augenblick wertlos, sobald unwahre Angaben gemacht werden. Der Zweck einer derartigen Arbeit ist doch nur der, dem Unternehmern zu gegebener Zeit den Spiegel unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzuhalten. So wenig einer unserer Kollegen sich aus solcher Scham seines niedrigen Verdienstes in die Tasche legen darf, ebensowenig dürfen die guten Verdienste verschwiegen werden. Denn letzten Endes sind doch die besseren Verdienste die Erfolge unserer jahrelangen Organisationsarbeit und damit ein wesentlicher Beitrag auf dem Gebiete der Agitation.

Wir haben also zu unseren Mitgliedern das feste Vertrauen, daß sie den Zentralvorstand in der Aufgabe, eine brauchbare Arbeit zu liefern, mit dem besten Willen unterstützen wollen, und haben wir nur den Wunsch, unser Vertrauen gerechtfertigt zu sehen, zum Besten unserer Organisation und ihrer Mitglieder.

### Ein wackeres Wort!

Wiederholt schon haben wir uns in unserem Blatte mit Gerichtsartikeln zu befassen gehabt, die dem Laien ganz unfaßbar und unerklärlich erschienen. Doch es eine Klaffenjahre gibt, wird von unseren Staatsanwälten und Richtern erklärterweise aufs Feinste zurückgewiesen. Uns lag und liegt es ganz selbstverständlich fern, behaupten zu wollen, daß es Berichte gibt, die bezweifelbar solche dem Volksempfinden unverständliche Urteile fällen. Wie aber dieser Urteile zustande kommen, sprach kürzlich jemand, der es wissen muß, ein bekannter Verleibiger mit anerkanntem Wertem aus. Er sagte:

„Es ist eine fromme Lüge, wenn gesagt wird, die Politik findet keinen Eingang in den Gerichtssaal. Tatsächlich finden die politischen Kämpfe immer ihre Fortsetzung im Gerichtssaal, und in einer politisch bewegten Zeit kann jeder Bürger mit der Polizei in Konfrontation und auf diese Weise auch auf die Anklagebank kommen. Weit mehr als bisher muß deshalb die Gesamtheit des Volkes der Rechtspflege ihr Interesse zuzuwenden. Für jeden einzelnen ist die Frage von Bedeutung, wie vom Gericht die polizeiliche Aufgabe bewertet wird gegenüber der polizeilich nicht abgehandelten, der un-

formierte Eid gegenüber dem Zivilrecht. Die polizeiliche Verwaltungsmarine schließt sich auf dem Umwege über den Staatsanwalt bis ins Gericht. Der alte Essener Prozeß, der nicht ein Leben, sondern ein Jahr der Justiz darstellte, zeigt alle typischen Merkmale derartigen Prozesse und ist nicht als Einzelfall zu betrachten. Die Staatsanwaltschaft hat vor allem das Versehen, die öffentliche Kritik an Beamten exemplarisch zu bestrafen, um vor der Kritik abzuschrecken. Die beamtete Hand habe dazu bietet ihr der Beleidigungsparagraf. Eine Beleidigung ist diejenige, die hinterher von den fünf Richtern im Verordnungsraum ausgenommen wird. Das ist die einzige Definition (Zerlegung) der Beleidigung, die immer nimmt. Im ersten Essener Prozeß ist für das Gericht der absolute Maßstab zur Findung der Wahrheit immer nur die Aussage des uniformierten Zeugen Münster gewesen. Die Zivilzeugen setzten den Richtern als Insuper (verdächtig) in dem Augenblick, wo sie etwas sagen, was mit dem uniformierten in Widerspruch steht. Die Erklärung für diese Heberhöhung des uniformierten Eides bildet nicht die Böswilligkeit der Richter, sondern die Klassenjustiz, die nicht der sozialen Stellung der Richter, sondern anderen Umständen entspringt. Die Richter, die Beamte sind, und ihr Amt gewissenhaft verwaltet wollen, sehen schon bei jedem Beamten, der als Zeuge auftritt, dieselbe Gewissenhaftigkeit voraus und bewerten deshalb die Aussagen des Beamten nicht nach seiner Stellung zu dem einzelnen Fall, sondern nach seiner Beamtenqualität. Das ist ein Akt der Klassenjustiz. Es ist eine große, schandwürdige Verleumdung der Tatsachen, wenn man für das erste Essener Urteil die Schuld den Geschworenen oder gar der Institution der Schwurgerichte zuschiebt. Schuld waren allein die Richter, die im ersten Prozeß allein dem uniformierten Gehörnen Münster Glaubwürdigkeit beimahen und alle Mühe darnach verwendeten, die dazu in Widerspruch stehenden Aussagen der Zivilzeugen mit dem uniformierten Eid in Einklang zu bringen. Weil sie, von einer solchen Voraussetzung ausgehend, die Zivilzeugen vor einem Meineid bewahren wollten, haben sie diese Zeugen erst verwirrt gemacht und so für den Verleibungsprozeß eine Grundlage geschaffen, auf der das Urteil der Geschworenen erst zustande kommen konnte. Der Fehlspruch des Essener Schwurgerichts hatte nur eine einzige Fehlerquelle, und das war die Justiz mit ihrer übertriebenen Verehrung des uniformierten Eides. Die ganze Genchis (Entwicklung) dieses Prozesses war ein Zeug der Justiz. Alle die Fehler, die beim Essener Prozeß die furchtbaren Wirkungen hatten, haben typische Züge und sehen in Tausenden von Prozessen wieder, die weniger an die Öffentlichkeit dringen. Die Tendenzen des Kollektivismus herrschen heute noch im Gericht. Die Polizei ist bei uns nicht Hilfstruppe der Staatsanwaltschaft, sondern die Staatsanwaltschaft ist die Hilfstruppe der Polizei. Nicht das soziale Milieu der Richter gibt allein die Erklärung für das Versehen der Klassenjustiz, sondern die Tendenzen des Amtes, das Verleiben, die Autorität des Beamten immer dem Vür-

### Ein Blatt der Erinnerung.

Am Juni d. J. werden es 20 Jahre, daß die Zahlreiche Bremer haben beneht, und es ist wohl der Mühe wert, diesem Ereignis einige Zeilen zu widmen. Wenn ich dabei etwas weit aushole, so geschieht es nur deshalb, um demilde den Rahmen zu geben.

Zwei Wochen vor Weihnachten 1880 kam ich als 23jähriger Junge nach Bremerhaven zugereist, nachdem ich mehr denn 10 Wochen die Provinzen Sachsen, Hannover, das Herzogtum Braunschweig und auch ein Stück von Schleswig-Vollstein durchstrichen hatte. Nirgends war damals Arbeit zu bekommen. Es war eine böse Zeit, kurz nach der großen Militärdienst! Überall lagen die Sattler zu Hunderten auf den Herbergen. Fragte man wo um Arbeit an, so wurde man im günstigsten Falle ausgelacht, in der Regel aber derb angefahren. Warum kommen Sie nicht im Frühjahr, wenn Arbeit ist, Geschenk gibt es seit dem letzten Streik nicht mehr! Die Militärsattler schienen es den Krautern angetan zu haben und — — — Made ist süß! Und so verfrücht immer eine Woche nach der anderen. Der Mut fing schon an zu sinken, denn die Uhr war bereits auf der „Leine“, die „Trittsden“ mies und an den Hosen Galanterieartianen. Mit mir reisten noch ein Schloffer und ein Maler, beide fast in dem gleichen Zustande wie ich. Kurz vor Bremerhaven wollten wir in einer Stärkefabrik als Arbeiter anfangen. Aber das zerfiel sich wieder auf Anraten des Schloffers, eines gedienten „Mariners“. Er hoffte in Bremerhaven Arbeit und gute Freunde zu finden, deshalb „tigerten“ wir dorthin. Wir hofften alle zur See zu fahren! Aber wie enttäuscht waren wir, als uns die „Heimat“ dort einen nie gesehenen tröstlichen Anblick bot. Wohl an 150—200 Menschen in

einen Raum gepfercht, welcher alles andere als „heimatlich“ war. Und alle wollten „fahren“.

Das Ausichtslose unseres Vorhabens einsehend, begab ich mich an anderen Morgen auf „Amsthan“. Einen Arbeitsnachweis gab es damals noch nicht. Aber vergeblich! Weder in Bremerhaven noch in Lehe oder Westmünde, die drei Schwesterstädte, welche nur durch Brücken resp. eine einzige lange Straße verbunden sind, war Arbeit zu finden. Dort am Ende der Welt wurde es mir aber doch nun etwas dange, trotzdem ich bisher noch nie verzweifelt war. Ich fing an, mein Dandwerk in Grund und Boden zu verfluchen. Auf der Herberge angekommen, überlegte ich, was nun zu tun sei. Auf Anraten des Herbergswaters entschloß ich mich, die ausgeschiedene Stelle eines „Wippos“ anzunehmen. Da kam ich aber bei meinen Heisefollegen schon an. Der Marineer meinte: „Mische, du bist wohl mall (verrückt)? Lüse finden, noch ist Polen nicht verloren, komm, wir gehn mal nach der Eisenbahnwerkstätte, wenn ich Arbeit bekomme, kannst du ein paar Tage bei mir bleiben!“ Schlang und losgeschoben nach Walsdorf zu war eins. Er hatte Glück und bekam Arbeit. Vor lauter Freude umarmte er mich in seiner derben Art, daß ich vor Schmerz beinahe brüllen mußte. „Nun such dich eine „Meibe“ und du schläfst bei mir, bis du was hast“ sagte er kollegial. Er mußte es wohl gerochen haben, denn eine Viertelstunde später schien auch mir mein Glückstern. An einem Hause in der Georgstraße erblickte ich ein kleines Schild mit der Aufschrift: „Sattlerei im Dose“. Ich voller Freude hinein. Der Meister war gerade beim Frühstück, er mochte es mir wohl ansehen, daß ich nicht gerade schwitze, denn das Barometer zeigte mehr denn 10 Grad Kälte. Nach dem üblichen Gruß bot er mir auch gleich einen „Lüttchen Köm“ an und dann noch einen: „Wollen Sie arbeiten?“ fragte

er mich in seiner kurzen Art. „Gewiß, sehr gern, in die Arbeit denn auch dauernd?“ war meine bescheidene Frage. „Sie haben 14 Tage Kündigung, ich auch,“ war die ebenso kurze wie grobe Antwort. Ich dachte: das kann gut werden. Somit war alles perfekt. Als ich herauskam, brauchte ich gar nichts zu sagen. Mein Freund sah es mir schon am Gesicht an. Nun war die Freude groß; alle beide hatten wir nun „Munst“. Jetzt konnte ich auch der Herbergswater einen anderen „Wippos“ suchen, wenn er einen anderen brauchte. Nun waren wir stolz und setzten uns in das Gastzimmer der Herberge, um ein warmes Gericht zu verzehren. So hatte es lange nicht geschmeckt, trotzdem es eben nur ein recht wässeriges, dafür aber „hrütliches“ Futter war. Abends schliefen wir schon in Privat bei Mutter Schiller in der Rosenstraße. Die gute Frau tat alles Mögliche, um uns in Stand zu setzen. Sie gab uns von ihren Söhnen Strümpfe, die unfrigen wollte sie ausbessern! Aber o weh, das ging so leicht nicht, denn es war kein Anfang zu finden. — — — Am Montag fing auch ich an zu arbeiten und es ging besser, als ich dachte. Die Kost war sehr gut, schlafen mußte ich mit einem gleichaltrigen Schloffer zusammen. Aber auch dieser war „nicht allein“. Er beherbergte nämlich die sogenannten deutschen „Reichstäter“ und war auch erst zugereist. Von diesem Idealzustande befreite ich ihn mit grauer Salbe und wir wurden gute Kollegen. Nachdem eine Zeit verstrichen war, fanden sich noch einige treue Seelen zusammen, und ich meldete die noch Anorganisierten als Einzelmitglieder in Bremen an. Bald tauchte der Gedanke, eine Filiale zu gründen, in uns auf; dieser wurde auch tatkräftig von den Bremer Kollegen später unterstützt. Nachdem ich nicht mit denselben deshalb in Verbindung gesetzt hatte, fertigte ich ein Zirkular an und ging von einer Werkstatt zur anderen, um



ner gegenüber zu wahren. Wenn diesem Sytem ein Ende gemacht werden soll, so muß eine Reform des Strafprozeßverfahrens einziehen in anderer Richtung, als sie die Regierung und die reaktionären Parteien wünschen. Dem Laienrecht muß ein größerer Einfluß auf die Rechtsprechung eingeräumt werden, der aber nicht durch die Besetzung der Berufungskammern mit nur gelehrten Richtern wieder aufgehoben werden darf. Im Volke sollte sich immer mehr die Erkenntnis Bahn brechen, daß jeder einzelne Staatsbürger das größte Interesse an einer Gestaltung der Rechtsprechung haben muß, die den Staat wirklich zu einem Rechtsstaat macht.

So Rechtsanwalt Dr. Sahper, am 20. Februar im Motivhaufe.

### Jahresbericht vom Gau Hamburg für 1910.

Das verfloßene Jahr stand unter dem Zeichen des beginnenden wirtschaftlichen Aufschwunges. Es war daher kein Wunder, daß die Mitgliederzahl der Filialen bestrebt war, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Von den 10 Filialen im Gau hatten 6 Lohnkämpfe durchzuführen. Schon dadurch bekam die Agitation einen beachtlichen Teil Arbeit. Neben der Agitation wurden noch eine Anzahl anderer Arbeiten erledigt, so daß wir auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken können.

Als Hauptaufgabe betrachteten wir selbstverständlich die Agitation. Zu diesem Zwecke wurden neben der schriftlichen Agitation 16 Touren unternommen, von denen ein Teil auf die Lohnbewegungen entfiel. Es wurden sämtliche Filialen besucht und außerdem noch die Städte Lübeck und Eidenburg. In 11 Versammlungen referierte ich über verschiedene Themen und hielt mehrere Hausagitationen ab.

Wenn der Boden, den wir zu beackern haben, auch nicht hart ist, so ist die Agitation doch schwer, da nur wenig Zubereitung vorhanden ist und die Kollegen nur sehr vereinzelt anzutreffen sind. Da die Zeit, die uns zur Bearbeitung des Gaus zur Verfügung steht, recht beschränkt ist, hatten wir auf die taftkräftige Mitarbeit unserer Mitglieder gerechnet und dabei leider uns in den meisten Fällen verfehlt. Hoffentlich wird dies in Zukunft besser. Vor allem könnten die Ortsverwaltungen uns durch pünktliche Beantwortung der Fragen, sowie präzise Einföndung von Berichten und Fragebogen besser unterstützen.

Zu den in Bremen und Rostock bestehenden Untergauen wurden solche noch in Kiel und Wismar gegründet. Jeder Untergaunskommission wurde durch Abgrenzung der Untergaue ein bestimmtes Tätigkeitsgebiet zugewiesen. Wenn von den Kommissionen manchmal auch etwas mehr geleistet werden könnte, so finden wir im allgemeinen darin doch eine gute Unterfertigung.

Zwei Filialen (Harburg und Babel) liegen sich auch die Agitation außerhalb ihres Ortes angelegen sein, indem in die Umgebung Agitationstouren unternommen wurden. Dies wäre auch bei einigen anderen

Filialen angebracht. Die dadurch entstandenen Kosten würden zuünderstehen.

In Eidenburg hielt ich gelegentlich dreimal Hausagitation ab. Dabei gelang es mir, mehrere der dort beschäftigten Kollegen für den Verband zu gewinnen. In einer Versammlung wurde dann ein Vertrauensmann gewählt, dem die Einfassung der Beiträge und die Leitung der Agitation übertragen wurde. Das Interesse an der Organisation ist ein reges. Hoffentlich gelingt es im neuen Jahre, die noch Fernstehenden für den Verband zu gewinnen, so daß wir auch dort wieder eine Filiale gründen können.

Lübeck ist außer den Filialorten ein der größten Städte im Gau. Deshalb glaubten wir, daß dort auch eine größere Anzahl Kollegen beschäftigt ist. Nachdem ich dort schriftliche Verbindungen gefunden hatte, unternahm ich eine Hausagitation, wobei mich der Vorliegende der Schuhmacherefiliale unterstützte. Dabei mußte ich die Erfahrung machen, daß dort nur 6 Kollegen beschäftigt sind. Der Erfolg war demnach auch nur gering.

Diese Enttäuschung veranlaßte uns, einmal festzustellen, wieviel Kollegen überhaupt an den einzelnen Orten beschäftigt sind. Nachdem wir zunächst in den Filialorten Erhebungen angestellt hatten, übersandten wir den 28 Einzelmitgliedern Fragebogen, wobei wir diese auch zur Agitation aufzuforderten. 11 Einzelmitglieder hielten es jedoch nicht für nötig, zu antworten und sandten auch die Fragebogen nicht zurück. Dann wurde bei 67 Gewerkschaftskartellen durch Fragebogen angefragt, wieviel Kollegen am Orte beschäftigt sind. Davon haben bis jetzt nur 27 geantwortet. Leider fehlen uns gerade die Orte, an denen wir ein besonderes Interesse haben. Durch unsere Aufforderung hat sich ein Kartell zur Agitation herbeigelassen und eine Aufnahme gemacht, sowie weitere Unterstützung zugesichert. Durch die im letzten Jahre entfaltete Agitation ist ein erfreulicher Fortschritt in der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Dieselbe stieg von 455 männliche und 4 weibliche auf 543 männliche und 6 weibliche oder nahezu 20 Prozent. Die einzelnen Filialen haben sich mit einer Ausnahme gut entwickelt.

Hamburg hatte am Anfang des Jahres einen Mitgliederbestand von 240, am Ende des Jahres betrug derselbe 283. Durch die allgemeine Lohnbewegung im Frühjahr kam etwas mehr Leben unter die Kollegen. Von der Ortsverwaltung wurde auch alles getan, um die Indifferenten zu organisieren. Außer den regelmäßigen Mitgliederversammlungen wurden 4 öffentliche und 6 Bezirksversammlungen abgehalten.

Bei der allgemeinen Lohnbewegung wurde der Innung durch den Gesellenauschuß ein Tarifentwurf vorgelegt. Die Innung hielt es aber nicht für nötig, den Gesellenauschuß zu einer Sitzung oder Versammlung zwecks Begründung der Forderung oder Verhandlungen einzuladen. Sie ließ ihm nur die Antwort zukommen, daß die Innungsversammlung die Forderungen abgelehnt und be-

schlossen habe, daß die lachlichen Gesellen eine kleine Lohnzulage bekommen sollten. Gefordert wurde die neunstündige Arbeitszeit, 45 Pfennig Minimallohn für Ausgelernte und 55 Pf. für ältere Gesellen, für Heberstunden 25 Prozent und Nachstunden 50 Prozent Zuschlag. In Anbetracht des leeren Lebensunterhaltes in Hamburg sind diese Forderungen durchaus nicht zu hoch. Wenn es diesmal auch zu einem ersten Kampfe nicht gekommen ist, so wird dieser für die Zukunft nicht ausbleiben, wenn die Innung nicht bald geordnete Arbeitsverhältnisse schafft. Ganz erfolglos war die Bewegung jedoch nicht. Es wurde für 28 Kollegen die Arbeitszeit um eine halbe Stunde und für 15 um eine Viertelstunde verkürzt. Der Lohn stieg für 11 Kollegen um 1 bis 3 Pf. pro Kopf. In einer größeren Vertrauensmannschaft wurde der Anhangslohn um 1 Pf. erhöht. Außerdem erhielten 13 Kollegen eine Zulage von 1 Pf. pro Woche.

Bremen steigerte seine Mitgliederzahl von 51 auf 61. Wir müssen jedoch darauf hinweisen, daß die Filiale früher einen höheren Mitgliederbestand gehabt hat. Diesen wieder zu erreichen, muß Pflicht eines jeden Bremer Kollegen sein. Außer den regelmäßigen Mitgliederversammlungen und einer öffentlichen Versammlung wurde auch hier Hausagitation abgehalten. Bei der Lohnbewegung im Frühjahr wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen schriftlich festgelegt. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden, der Minimallohn 43 Pf., verlangt wurden 50 Pf. Gehältern, welche bereits mehr verdienen, wurde der Lohn um 7 1/2 Prozent erhöht. Für Heberstunden werden 25, für Nachstunden 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Miß- und Logiszwang ist verboten. Der Durchschnittsverdienst betrug vor der Bewegung 43 Pf., nach derselben stieg er auf 46 1/2 Pf.

Kiel hat zu Anfang des Jahres einen Mitgliederbestand von 41, derselbe stieg bis zum Jahreschluß auf 47. Die 14 Unorganisierten gehören größtenteils zu den „Wassermännchen-Gesellen“. Um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, forderten unsere Kollegen von den beiden Fabrikanten die neunstündige Arbeitszeit, 50 Pf. Minimallohn, für Heberstunden bzw. Nachstunden 25 bzw. 50 Prozent Zuschlag — und nach einjähriger Beschäftigung 8 Tage Urlaub. Letzterer wurde zum Teil schon früher gewährt. Nach 17wöchigem erfolglosen Kampfe wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Wenn es auch diesmal nicht gelungen ist, die Forderungen durchzudrücken, so werden unsere Kollegen den Kampf zu gegebener Zeit doch wieder aufnehmen.

Kiel hat ebenfalls eine kleine Zunahme in der Zahl der Mitglieder zu verzeichnen. Dieselbe stieg von 41 auf 44. Dort sind alle Kollegen bis auf 5 organisiert. Hoffentlich werden auch diese bald für den Verband gewonnen. Der seit 1906 bestehende Tarifvertrag wurde von den Meistern genehmigt. Die Innung sandte unserer Ortsverwaltung einen Tarifentwurf zu, welcher in einigen Punkten noch schlechter war als der bestehende Tarif. Dieser sollte bis 1915 Gültigkeit haben und

die Kollegen zu einer Besprechung einzuladen. Wie schwer das damals unter dem Logiszwang noch war, kann sich jeder vorstellen. Ich bekam immer erst den Meister, nachher erst die Kollegen zu sprechen, manche überhaupt nicht. Trotzdem kam die Besprechung zustande. Offenbar war der Resonanzboden da, es bedurfte nur des Anstoßes. Und so konnte ich denn im Juni 1891 in der „Norddeutschen Volksstimme“ die erste Sattlerversammlung für Bremerhaven einberufen. Sie fand Sonntags im „Colosseum“ statt. Der Kollege Fritz Ebert aus Bremen hatte das Meistert übernommen. Es waren auch noch mehrere Bremer Kollegen mit anwesend, so daß wir den Verhältnissen entsprechend eine ganz schöne Versammlung hatten. Auch einige Kollegen des „Norddeutschen Lloyd“ waren anwesend. Der in den damaligen Versammlungen noch „historische Beamte“ fehlte auch nicht. Es war alles komplett! Der Vortrag: „Die Entwicklung des Sattlerhandwerks“ sowie die Agitation im allgemeinen sprachen gut an und es ließen sich wohl an 15 Mann aufnehmen. Somit war der Grundstein gelegt, auf welchem die Kollegen weiter bauen konnten. Und sie haben es getan. Wenn auch die Verhältnisse am Ort nicht geeignet sind, eine zahlreichere Organisation zu schaffen, so haben sie es doch verstanden, 20 Jahre hindurch, und hoffentlich für immer, unsere damalige Gründung zu erhalten. Da drei Städte in Frage kamen, nannte man die Zahlstelle die „Filiale an der Unterweser“. Der erste Vorstand setzte sich aus den Kollegen Göhne, Ott und Benad zusammen. Leider war es mir nicht vergönnt, lange in Bremerhaven zu weilen. Zu meinem riesigen Anfangslohne von 4 Pf. pro Woche, nicht etwa den Tag, bekam ich zu Ostern 1 Pf. Zulage drauf. Jedenfalls damit ich nicht „rüdte“. Als ich aber Anfang August nochmals um Zulage anging, wurde mir letz und bündig ge-

sagt: „Sie können gehen!“ — So verließ ich die Stätte meines siebenmonatlichen Wirkens fast ebenso arm, wie ich gekommen war! — Ich wandte mich nach Hannover, wo ich einen besseren und längeren Aufenthalt fand. Dasselbst hatte ich auch besser Gelegenheit, an der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung teilzunehmen, die ja bekanntlich nach dem Falle des Sozialistengesetzes eine sehr rege war.

Und so wünsche ich von ganzem Herzen den heutigen Kollegen von Bremerhaven ein recht vergnügtes 20jähriges Stiftungsfest und entbiete denselben aus der Ferne die besten Glückwünsche, dazu die Mahnung, stets eingedenk zu sein des Wortes von Karl Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Dresden, im März 1911. Emil Benad.

UC. Ein Leuchtturm mit Schallsignal ohne Wächter ist auf der Klippenreichen See des Hafens St. Pierre auf der Insel Guernsey errichtet worden. Der 15 Meter hohe Turm steht auf einem unregelmäßigen achteckigen Grunde von 4,4 Meter Breite 5,2 Meter Länge. Er steht auf einer bei Ebbe gerade über den Wasserpiegel herausragenden Klippe, auf der er 7 bis 9 Meter unter Hochwasserpiegel gegründet ist. Das ganze ist in Stampfbeton ausgeführt und auf der den Wellen am meisten ausgesetzten Seite durch fensterte Doppelträger und Rundisen verstärkt. Der Leuchtturm ist bis 6,2 Meter über Hochwasserpiegel voll und darüber mit zwei übereinanderliegenden Kammern für die Einrichtung versehen. Die Lichtleuchte des Leuchtturms ist eine Acetylenlampe, die 15 Meter über Hochwasserpiegel steht und durch ein Weherventil bedient wird, das zugleich auch die Signalleuchte einer Sirene auslöst. In jeder der genannten Kammern ist ein durch einen

Drehtrommotor betriebener Compressor aufgestellt; beide werden durch ein fast 2 Kilometer langes Nabel vom Ufer her mit Strom von 600 Volt Spannung gespeist. Das Nabel führt über zum Ausschalten der ganzen Anlage sowie eine Fernspretleitung. Die Druckluft für die alle anderthalb Minuten ertönende Sirene wird in drei auf dem Turm angeordneten Behältern gesammelt. Die Kompressoromotoren werden entsprechend dem Heberdruck in den Behältern selbsttätig angelassen und stillgelegt. Die Kosten der Anlage belaufen sich insgesamt auf 170 000 Mk., während Leuchttürme mit Wächtern in der Regel 1 bis 1 1/2 Millionen Mark kosten. Ein größerer Leuchtturm ließ sich zudem nicht unterbringen, wenn nicht ganz besonders teure Gründungsarbeiten vorgenommen werden sollten; die Klippen sind zu schmal.

UC. Die neuen Rheinwehre bei Augst-Böhlen und Laufenburg. Auf bödischer Seite wird bei Böhlen, auf schweizerischer bei Augst ein Kraftwert angelegt, das dem Rhein 15 000 Pferdestärken Energie abzapft, zusammen also 30 000 Pferde. Diese Arbeitsleistung wird durch ein 10 Meter hohes Schützenwehr mit fester Brücke gewonnen. Das Wehr bringt einen Rückstau von rund 6 Kilometer zustande. Dabei wird das Niedrigwasser von 340 Kubikmeter Wasser in jeder Sekunde an 330 Tagen des Jahres um 8 1/2, das Mittelwasser von 1000 Kubikmeter an 170 Tagen um 6 Meter und das 5000 Kubikmeter und mehr betragende Hochwasser um 1 Meter gestaut. Das Wehr wird auf gemeinsame Rechnung des Kantons Basel-Stadt und der Kraftübertragungswerke Rheinfelden errichtet. Oberhalb des Kraftwerkes wird am schweizerischen Ufer eine Schiffsdämme gebaut, die sich direkt an das Wehr anschließt. Dieses ist bereits seit 1908 im

falls er denn nicht gekündigt würde, bis 1921! Andere Kollegen forderten zu den bestehenden Stundenlöhnen einen Zuschlag von 6 Pf., sowie 30 Pf. Minimallohn. Nach langen Verhandlungen wurde ein Tarif auf 3 Jahre abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, der Minimallohn 15 Pf. Derselbe erhöht sich 1911 und 1912 um je 1 Pf. Zu den bestehenden Löhnen trat am 1. April eine Erhöhung von 2 Pf. Zur Heber- und Nachstunden werden 25 bzw. 30 Prozent Aufschlag bezahlt. Der Durchschnittslohn beträgt 34 Pf.

Reinold hat seinen Mitgliederbestand von 15 auf 16 erhöht. Die Antragsarbeiten sind sehr schwer zu gewinnen, da sie mit ihren geringen Löhnen zufrieden sind. Die öffentlichen Versammlungen, sowie Haus- und schriftliche Agitation blieben daher erfolglos. Besonders gelang es auch im Chorzowlande, den Übertritt der Massen durch des Geistes Schwermut recht bald zu besiegen. Der Arbeitsnachweis ist, wie vorausgesehen war, faul eingeschlafen, da keine Arbeitsangebote kommen und die Stellen auch nicht besetzt werden können.

Reinhard hat seinen Mitgliederbestand von 21 auf 40 erhöht. Lohnbewegungen fanden nicht statt.

Wismar hat sich mit ein Mitglied vermehrt. Der gegenwärtige Bestand beträgt 18. Das Interesse an der Organisation, sowie der Versammlungsbefugnis könnte besser sein.

Wocel i. Eldba. hat durch neue Agitation seinen Mitgliederbestand von 11 auf 18 erhöht. Das Interesse der Kollegen an der Organisation ist gut, doch müssen die in den Fabrikenarbeiten Beschäftigten noch organisiert werden. Mit der Daimler-Automobilfabrik wurde ein allgemeiner Tarif für alle Betriebe abgeschlossen, der, wenn er auch noch manches zu wünschen übrig läßt, eine Grundlage für spätere Fortschritte bildet. Dies ist der erste Tarifvertrag, der am 1.1. abgeschlossen wurde. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, der Minimallohn für Arbeiter unter 20 Jahren 40 Pf., für ältere 43 Pf. Heberstunden werden mit 25, Nachstunden mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt.

De Lmenhorst hat infolge des langen Streiks einen Auszug zu verzeichnen. Der größte Teil der in der Wagenfabrik Beschäftigten mußte abreisen. Zu Anfang des Jahres hatten wir dort 8 männliche und 4 weibliche Mitglieder. Die Zahl der männlichen ging auf 4 zurück, die der weiblichen hat sich auf 6 erhöht. Zu Beginn des Streiks hatten wir 10 männliche und 9 weibliche Mitglieder. Anfang Juni stellten die Holzarbeiter in der Wagenfabrik Lohnforderungen, sowie Verlängerung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden. Diese Forderungen wurden von der Fabrikleitung abgelehnt und die Holzarbeiter legten die Arbeit nieder. Die Fabrikleitung wandte sich darauf an die bekannte Streikbrecherfirma Auguste Müller-Bandschel, die durch ihren Agenten Dinge die bekannten „Siebenmonatskinder“ lieferte. Da unsere Kollegen sich von diesen nützlichen Elementen in ihrer Nähe und Ordnung geföhrt fühlten und nicht mehr mit diesen

Bau; seine Gesamtlänge beträgt 213 Meter, worauf zehn Öffnungen von je 17,5 Meter Lichter Breite und neun Pfeiler von je 4,2 Meter Breite entfallen. Die Wehrrahmen werden durch 9,5 Meter hohe ungeteilte Schüpentafeln von 18,7 Meter Stützweite geschlossen. Das sind die größten Schüpentafeln in Europa. Die Pfeiler müssen daher außerordentlich stark gebaut sein. Sie sind 21 Meter lang und ragen mit ihrem mittleren beinahe 7 Meter langen Teile 21 Meter über Niedrigwasser empor. Auf ihnen ruht die 24 Meter über Niedrigwasser liegende Bühne zum Bedienen der Schüpen. Das Wehr wird zugleich für eine 7 Meter breite Straßen- und einseitige Eisenbahnbrücke benutzt, die auf der Tafel- seite des Wehres 10 1/2 Meter über Niedrigwasser liegt und durch Eisenbetonbögen gebildet wird. Jede der Schüpentafeln ist 100 Tonnen schwer (2000 Zentner), werden aber trotzdem nicht durch Gegengewichte ausgeglichen. Sie werden durch Quer- und Längsträger gebildet, auf denen das Riech der Schüpentafeln liegt.

1200 Meter unterhalb Lausenberg wird eine zweite Wasserkraftanlage errichtet, die bei Mittel- und Niedrigwasser 9 bis 11,2 Meter, bei Hochwasser noch 3 1/2 Gefälle durch ein 15 Meter hohes Wehr gewinnen läßt. Zu dem Zwecke wird die Felsenenge unterhalb Lausenberg durch Sprengungen erweitert, so daß der Hochwasserstand in Lausenberg trotz des Wehrbandes um 2 Meter niedriger als bisher sein wird. In dem sich links an das Wehr anschließenden Kraftwehrl sollen während neun Monaten 50 000 Pferdestärken und bei Niedrigwasser 30 000 Pferdestärken nutzbar gemacht werden. Das Wehr wird nur 85 Meter lang und erhält vier Öffnungen. Am rechten Wehr schließt sich wieder eine Schiffschleuse an das Wehr an.

Arbeitsverhältnisse arbeiten wollten, konnten auch sie die Arbeit nieder. Der Kampf war am Jahresabschluss noch nicht beendet.

Darüber ist zuzeit unsere Heimische Arbeit. Die Mitgliederzahl stieg von 7 auf 12. Die Versammlungen werden mit den Tagesereignissen genau abgehalten.

Dem Reichsrat der letzten Bundestagung folgend, kamen wir Anfang des Jahres zur Einführung des Zentralarbeitsnachweises. Derselbe sollte den Zweck haben, die Arbeitsvermittlung im Gau besser zu regeln. Den Arbeitssuchenden wurden vorgedruckte Verzeichnisse zugestanden, womit sie wochentlich an die Zentralstelle berichten sollten, wieviel Arbeit sie am Orte vorhanden sind und welchen Branchen diese angehören. Dadurch konnten von hier aus die einlaufenden Stellen verteilt werden. In alle Unternehmungen im Gau wurden Empfehlungen verfaßt, denen vorgedruckte Karten beigelegt wurden, welche bei Besuchen von Gehilfen benutzt werden konnten. Wenn diese Einrichtung nicht funktioniert, so liegt das an den örtlichen Arbeitsnachweisen, da diese es nicht für nötig halten, die wöchentlichen Berichte einzuliefern und die geforderten Verzeichnisse durchzuführen. Der Zentralarbeitsnachweis wird gemeinschaftlich mit dem Hamburger Nachweis verwaltet. Die Kosten für beide Arbeitsnachweise werden von der Ortsverwaltung und Gauleitung je zur Hälfte getragen.

Zur Erledigung der Gauangelegenheiten wurden 21 Sitzungen abgehalten. Die Korrespondenz belief sich auf 149 Postsendungen und 292 Eingänge ausschließlich Zentralarbeitsnachweis.

Mit dem Erfolgen auf agitatorischen und organisatorischen Gebiete können wir zufrieden sein. Das neue Jahr wird uns voraussichtlich wenig Kämpfe im Gau bringen. Wir werden daher die Zeit benutzen, um dem Verbände neue Kämpfer zuzuführen. Bei diesem Bestreben erwarten wir die tatkräftige Mitarbeit aller Kollegen. Die Zahl der Antragsunterlagen im Gau beträgt ungefähr das Dreifache unserer Mitgliederzahl. In der Agitation bleibt uns daher noch sehr viel tun übrig. Sollten wir aber auch das Ertrungene fest und beruhen wir es zu verbessern. Jeder muß bemüht sein, neue Mitglieder zu gewinnen und die gewonnenen zu tüchtigen Kämpfern zu erziehen. Den Kollegen zum Schutz, den Unternehmern zum Trost.

Emil Gildner.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Dannau i. Schl. In der Nr. 6 unserer Zeitung berichteten wir über unsere jüngste Zahlstelle und über das Ergebnis der Lohnbewegung in der Portefeuille- und Lederwarenfabrik von A. Krite. Nun befindet sich hier noch eine Firma Krite, welche sich spezialisiert mit der Herstellung von Schularbeits- und Marktlästen, Ausfäden, Gamaschen usw. beschäftigt. Fast sämtliche Arbeiter dieses Betriebes gehören unserer Organisation an und beschloßen in einer am 26. Februar stattgefundenen Versammlung in eine Lohnbewegung zu treten. Ueber die bisher gezahlten Löhne in dem Betriebe wollen wir Einzelheiten übergehen, doch kann getrotzt gesagt werden, daß hier eine Ausbeutung und Ausbeutung dringend nötig war. Es wird Aufgabe der Funktionäre in Schloffen sein, sich Dannau als Beispiel zu nehmen, um bei verschiedenen „Kleinfabrikanten“ den eiserne Besen anzulegen. Es wird unseren übrigen Kollegen im Reich kaum glaublich erscheinen, daß sich schlesische Sattlergesellen finden, um bei 20, 23, 25 und 27 Pf. Stunden- bzw. Akkordlohn auf Akkordarbeiten zu arbeiten! — Es ist aber erklärlich, daß es grund dessen sehr schwer ist, die Herren Fabrikanten für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Es ist da ein tüchtiges Stück Arbeit notwendig, um nach Jahren zu den Löhnen zu gelangen, die unsere Kollegen im Reich längst besitzen.

Es ist anzuerkennen, daß hier in Dannau auch bei der Firma Krite ein gewisses Maß von sozialpolitischen Verständnis die Verhandlungen nach dieser Richtung hin erleichterte. Die Verhandlungen wurden vom Gauleiter unter Hinzuziehung des Ortsbevollmächtigten geführt und endeten schließlich mit einem annehmbaren Resultat.

Es wurden Stundenlohnsteigerungen bis zu 25 Proz. erreicht. Die Akkordpreise werden einer Neuverteilung unterzogen. Die Tarifdauer beträgt ein Jahr, beginnend mit dem 1. April 1911. Der Vertrag ist unterzeichnet von der Firma Krite, Schlesiische Lederwarenfabrik, dem Bevollmächtigten von Dannau und dem Gauleiter.

Kollegen, die es angeht! Nehmt Euch an dem einmütigen und geschlossenen Handeln der jüngsten Zahlstelle vom Gau Görtz ein Beispiel. Aller Voraussicht nach wird jetzt Striegau und Glogau dem Beispiel folgen — was sagen die Kollegen der Engrosreisartikelbranche von Preßlau dazu?!

Offenbach a. M. (E. 24. 3.) Eine prächtige Versammlung war es, die am Sonntag, den 19. März, im Offenbacher Gewerkschaftshaus darüber zu entscheiden hatte, ob der im Jahre 1908 für die Lederwaren- und Kleinfabrikindustrie abgeschlossene und mit dem 30. Juni d. J. ablaufende Tarifvertrag zum Kündigung werden sollte. Wegen die Kollegen zum Teil seither keine Versammlungsbefugnis gewesen sein, dem Mite zu dieser Versammlung sind sie, wie schon jedesmal bei solchen Anlässen, prompt gefolgt. Aus allen Ecken des Industriegebietes waren sie herbeigekommen und hatten Saal und Galerien dicht gefüllt. Kurz nach 10 Uhr eröffnete Kollege Wurm die Versammlung mit dem Hinweis auf die Bedeutung des heutigen Tages und erweiterte das Wort dem Referenten Kollegen Höf. In einmütigen klaren Ausführungen legte dann der Referent die Gründe dar, die uns veranlassen müssen, den bestehenden Vertrag zu kündigen und den Fabrikanten sofort einen neuen Vertragsentwurf einzureichen. Die in den letzten Jahren außerordentlich verteuerte Lebenshaltung der Arbeiterschaft, die enormen Preissteigerungen der notwendigen Lebensmittel und Verbrauchsartikel zwingen uns eingemessen, einen Ausgleich zwischen Lohn und Lebensbedarf herbeizuführen. Sollen wir weitere 3 Jahre unter einem Vertragsverhältnis arbeiten, so muß uns dieses Bedingungen sichern, unter denen es sich leben läßt, andernfalls ziehen wir eine vertragslose Zeit vor. Zehnjährige Lohnerhöhung für alle Zeit- und Akkordarbeiter, Feiertagsbezahlung für alle Zeitlohnarbeiter, Sommerurlaub nach einjähriger Beschäftigung von 3-6 Tagen, Verantwortlichkeit der Fabrikanten für ihre Zwischenmeister und Gehilfen, 5 Proz. Zuschlag für Ankerhausarbeit als Entschädigung für Arbeitsraum, Heizung und Beleuchtung derselben und dann Einschränkung der Gehilfenarbeit durch eine Altersgrenze von 30 Jahren, das sind die wichtigsten Punkte des neuen Vertragsentwurfes, für dessen Anerkennung und Durchführung alle Kollegen mit vereinter Kraft einzutreten haben.

Der brausende Beifall, mit dem die Ausführungen des Referenten quittiert wurden, bewies, wie sehr die Kollegen damit einverstanden und gewillt sind, nur unter einem Vertragsverhältnis zu arbeiten, das die obigen Verbesserungen gewährleistet.

Die Diskussion, an der sich die Kollegen Zimmermann, Pfeifer, Jaulich und Eißig beteiligten, war nur eine kurze und wurden dabei die Ausführungen des Referenten noch unterstrichen. Die danach vorgelegte und einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die heute, den 19. März, im großen Saale des Gewerkschaftshauses zu Offenbach, von über 2000 Kollegen und Kolleginnen besuchte, außerordentliche Mitgliederversammlung des Industriegebietes Offenbach erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Höf., voll und ganz einverstanden. Besonders stehen die Kollegen auf dem Standpunkte einer unbedingten Einschränkung der Gehilfenarbeit. Sie versprechen, mit ganzer Kraft für die Anerkennung der in dem neuen Vertragsentwurf niedergelegten Forderungen einzutreten. Die Verbandsleitung wird daher beauftragt, den bestehenden Tarifvertrag sofort zu kündigen und den neuen Vertragsentwurf einzureichen.“

In die Lohnkommission, die von der Versammlung mit den Verhandlungen über den Vertragsentwurf betraut wurde, wurden die seitherigen Vertrauensleute gewählt. Es sind das die Kollegen Wurm, Höf., Krüger, Warenigh, Wehmel, Jang, Orth, Knipper und Schulz.

Ein Zusammengehen mit den „Christlichen“, die eine diesbezügliche Anfrage an die Verbandsleitung gerichtet hatten, wurde in Anbetracht des seitherigen Verhaltens dieser „Auch-Organisation“ e i n m ü t i g a b g e l e h n t .

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß nach einigen anfeuernden Worten des Kollegen Wurm die imposante Versammlung.

NB. Unliebsam verspätet. Nachträglich soll hier noch erwähnt werden, daß vor kurzem auch eine Versammlung aller in der Industrie beschäftigten polnisch-jüdischen Arbeiter im „Stord“ stattfand, die von circa 70 Kollegen besucht war und in welcher 17 Neuaufnahmen vorgenommen wurden. Dasselbst wurde für diese Arbeiter eine eigene Kommission gebildet und mit verschiedenen Arbeiten betraut. Auch der Verlauf dieser Versammlung bewies uns, daß auch die hier anwesenden ausländischen Kollegen voll und ganz für die aufgestellten Forderungen eintreten werden.

Meerane. Eine Lohnbewegung der Sattler und Lackierer der Wagenfabrik Gebr. Pfeifer in Meerane fand im Laufe des Monats März statt. Bei der Verhandlung, welche der Gauleiter mit der Firma hatte, wurde folgender Tarifvertrag vereinbart: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, vormittags ist eine Frühstücks- pause von 1/4 Stunde; Sonnabends beträgt die Ar-



beitszeit 9 Stunden und ist um 5 Uhr Feierabend.  
 2. Der Rindensundenlohn beträgt 37 Pf. 3. Für die jetzt bestehenden Löhne wird eine Zulage von 1,25 Mk. pro Woche gewährt. Vom 1. März 1912 wird eine Zulage von 0,50 Mk. pro Woche gewährt.  
 4. Für Heberstunden und Sonntagarbeit wird ein Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde gegeben.  
 5. Die Einführung eines Sanitätsfaktens wird bewilligt.

Dieser Vertrag ist auf 2 Jahre abgeschlossen und läuft bis zum 1. März 1913. Wird derselbe 1 Monat vor Ablauf von seiner Seite gekündigt, so gilt er auf ein weiteres Jahr.

Die Kollegen erklärten sich mit diesen Vereinbarungen einverstanden. Beschäftigt sind 4 Sattler und 1 Lederer.

In Hensburg sind die Verhandlungen mit der Innungskommission gescheitert. Auf keinen Fall will die Innung Arbeitszeitverkürzung und Lohnserhöhung. Der Tarif ist lediglich nur von den Meistern genehmigt worden, um eine Verzögerung herbeizuführen. Dieses konnten die Kollegen auf keinen Fall annehmen, und wurden die Verhandlungen abgebrochen. Nach den Verhandlungen mit den Meistern fand eine Versammlung der Kollegen statt, und es wurde beschlossen, falls die Arbeitgeber bis zum 1. April nicht bewilligen, die Arbeit niederzulegen.

Ann. d. K.: Die Lohnbewegung in Hensburg wird geführt vom Verbands der Tapezierer; diesem gehören auch unsere dortigen Kollegen an. Wir ersuchen daher dringend, Hensburg zu meiden.

Ghemnis. In der Versammlung vom 20. März gab der Kollege Krauß Bericht über die eingegangenen Antworten der Unternehmer. Drei Treibriemenfabrikanten hatten sich der Mühe unterzogen, zu antworten:

Reiche Nachf. schreibt: „Akzeptiere Ihre Vorschläge nicht, verhandle nur mit meinen Leuten ohne fremde Unterstützung.“ In demselben Sinne war die Antwort von Richter und Baumann gehalten. C. Schlegel hatte den Tarif unterschrieben zurückgeschickt, jedoch drei Viertel des Inhalts genehmigt.

Weiter hatte die Innung den Gesellenausschuß zu einer Sitzung eingeladen. Kollege Krauß, der nicht bei einem Innungsmeister arbeitet, ging ebenfalls mit, um den Verband bei der Innung zur Anerkennung zu bringen, mußte jedoch nach interessanter Aussprache mit dem Vorsitzenden der Innung das Feld räumen.

Aber den Verlauf der fast dreistündigen scharfen Aussprache referierte dann der Kollege Dähne. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß trotz eingehender sachlicher Begründung unserer Forderungen die Meister bei ihren schon vorher gefaßten Beschlüssen stehen blieben. Das was sie bewilligen wollten, war aber auch darnach, statt 9 resp. 9 1/2 Stunden wollten sie die zehnstündige Arbeitszeit einführen. Mit Händen und Füßen sträubten sie sich gegen Minimallohne wie gegen einen einheitlichen Zuschlag auf die bestehenden Löhne. Für Heberstunden und Sonntagarbeit wollen sie nur 5 Pf. mehr zahlen. Alle anderen Positionen wollen sie „nach Bedarf“ anerkennen. Diese mangelhaften Zugeständnisse dachten sie aber durch einen dreijährigen Tarif festzulegen. Nach eingehender Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Stadt Meissen versammelten Sattlergehilfen von Ghemnis haben den Bericht der Lohnkommission entgegengenommen. Sie erklären nach eingehender Aussprache, daß die Zugeständnisse der Innungsversammlung ungenügend sind. Unter diesen Umständen ist an den Abschluß eines Tarifes nicht zu denken, da doch die Innung alles in das freie Ermessen jedes einzelnen Meisters stellt. Sie beauftragt den Gauleiter, in den einzelnen Betrieben vorstellig zu werden und das Resultat dieser Verhandlungen den betr. Kollegen sofort mitzuteilen. Endgültige Beschlußfassung findet in der Freitagversammlung statt.“

Versammlung vom 24. März. Nach Erledigung der Eingänge gab der Kollege Busch Bericht über seine Aufnahme bei den Meistern und den Erfolg seiner Verhandlungen. Die Dauer der Arbeitszeit ist bei den Innungsmeistern auf höchstens 60 Stunden pro Woche, und bei den Treibriemenfabrikanten auf durchschnittlich 57 Stunden zugestanden. Die Verkürzung beträgt demnach zwei bis zwölf Stunden pro Woche. An Kohnerhöbungen sind zwischen 50 Pf. bis 3 Mk. pro Kopf erreicht worden. Ebenso ist die Bezahlung der Heberstunden bei einigen Firmen verbessert worden. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Zugeständnisse der Meister durchaus nicht genügend sind. Unter den jetzigen Umständen ist es aber ausgeschlossen, mit Anwendung anderer Mittel mehr herauszuholen und wird später darüber zu befinden sein. Ganz besonders wurden dann die Vorgänge bei der Firma E. d. Nachf. besprochen. Wohl hat der Inhaber Kothe die Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden sowie die Erhöhung des Lohnes um 1,50

bis 2 Mk. vorgenommen. Drei Kollegen haben aber ihren Laufpaß erhalten, angeblich aus „Mangel an Arbeit“. Allgemein wurde jedoch erklärt, daß diese Entlassungen als Maßregelung zu betrachten seien. Alle weiteren Schritte in dieser Angelegenheit wurden der Lohnkommission überlassen.

Mit der Aufforderung, dem Verband die notwendige Treue zu bewahren, da er auch bei dieser Lohnbewegung wieder geeignet habe, daß nur durch und mit dem Verband etwas Dauerndes geschaffen werden könne, wurde die Versammlung geschlossen. Bekanntgemacht war vorher noch, daß bei der Aussperrung der Metallarbeiter 5 Kollegen mit außer Klasse geworden wurden.

**St. Peter und der Streifbrecher.**

(Eine Legende.)

Ein Streifbrecher, hu, hu, hu!  
 Hand hier auf Erden sein muß;  
 Und wie er nun zu Petrus kam,  
 Der strengte ins Verhör ihn nah.  
 Herr Petrus sprach: „Was willst du hier?  
 Du warst auf Erden keine Zier,  
 Du hast verletzt das Christentum  
 Und nun im Himmel keinen Ruhm;  
 Wer will das Paradies gewinnen,  
 Der muß vor allem stets sein Sinnen  
 Nur auf die Bruderliebe richten  
 Und niemals halten mit dem Wichten,  
 Die ängstlich kriechen auf dem Bauch;  
 Ein solcher Kriecher bist du auch;  
 Der Herr, als er auf Erden ging,  
 War auch geachtet nur gering,  
 Er trat mit seinem Worte rein  
 Stets nur für die Enterteten ein;  
 Traum soll'n die Armen alleweil  
 Zu ihrem eignen Seelenheil  
 Als Brüder halten treu zusammen;  
 Wer's nicht tut, den muß ich verdammen.  
 Und weil du bist zu Kreuz gekrochen  
 Und hast zuerst den Streif gebrochen,  
 Verfügt ich laut Artikel vier  
 Kraft meines heil'gen Amtes hier,  
 Daß du fährst nieder auf der Stelle  
 Zum reichen Manne in die Hölle!“  
 Der heil'ge Petrus drauf im Ru  
 Vlies auf den Schlüssel: „Du, du, hu!“  
 Drei Teufel kamen: „Hu, hu, hu!“  
 Und sprachen: „Herr, was wünschst du?“  
 Herr Petrus sprach: „Hier den schleppst fort  
 Hinab an einen sichern Ort.  
 Es ist ein ganz arger Schächer,  
 Ein ganz gemeiner Streifbrecher!  
 Führt ihn hinweg zum finstern Habes,  
 Ins Hefefeuer dritten Grades  
 Und hebel ihn in Pech und Del,  
 Zu strafen seine schwarze Seel!“  
 Und die Moral von dem Gedicht  
 Ist: Rede niemals Streife nicht!  
 In Liebe, Treu' und Einigkeit  
 Halt' zu den Brüdern jederzeit;  
 Dann wird dich Petrus nie verdammen,  
 Du wirst ihm sein willkommen, Amen!

**Aus unserem Beruf.**

Und nochmals die Göttlicher Sattlerinnung. Die Göttlicher „Wohlfahrt“, die unsere erste Notiz über die „Mehlselle“ der dortigen Innung abgedruckt hatte, teilt nunmehr mit, daß ihr von Borussia 8 mitgliedern der Innung versichert worden ist, daß es tatsächlich der Drahterenteufel gewesen ist, der aus dem Wörtchen Sattler einen Sattler gemacht hat. Wir haben nun gleichfalls seinen Anlaß mehr, darauf zu zweifeln, daß bei dieser Veröffentlichung lediglich ein unglücklicher Zufall das Unheil angerichtet und die Göttlicher Sattlermeister in den Ruf von Scharfmachern gebracht hat. Wir bringen diese Berichtigung um so lieber, da auch uns inzwischen die glaubhafte Mitteilung zuzug, daß die kleinen Meister in Göttlich durchaus mit unseren Kollegen sympathisierten, als diese mit dem Millionär Knabe im Kampfe standen.

Die Schuld liegt aber einzig und allein an dem Innungsorgan, dem der große Druckfehler unterließ, mit der Einrichtung einer Mehlselle für unglücklicher und schlechte Zahl (also faule Kunden, E. Neb.) von Seiten der Meister wird sich, so wie wir, auch jeder Kollege einverstanden erklären. Ebenso wie jeder Gehilfe ist auch jeder Meister seines Lohnes wert.

**Korrespondenzen.**

Obershausen. (E. 21. 3.) Unsere letzte Versammlung nahm zunächst den Bericht des Vorsitzenden von der Bezirkskonferenz entgegen. Alsdann sprach der Vorsitzende eingehend über die Einführung des 55-Pf.-Vertrages. Nach längerer Besprechung wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Bei der letzten Hausagitation wurden 18 neue Mitglieder aufgenommen. Rannmehr gab der Vorsitzende noch

bekannt, daß die Bücher, die für die Bibliothek angekauft sind, nun zur Ausgabe gelangen können. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde von den Kollegen der Wunsch geäußert, einen Ausflug zu machen und dabei das Senkenbergische Museum zu besuchen. Damit aber alle Mitglieder darüber klar sind, wird dieser Antrag in der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt.

Seibronn. (E. 20. 3.) Unsere Mitglieder-versammlung konnte jetzt zum ersten Male im Gewerkschaftshause stattfinden. Der Kollege Mg. Stuttgart hielt einen ebenfalls interessanten wie lehrreichen Vortrag über: „Massenjurt und Gewerkschaften“. In seinem Vortrage schilderte der Redner die Entwicklung der Produktionsverhältnisse und der Technik wie überhaupt des gesamten Wirtschaftsgebildes. Die Entstehung des Handwerks und dessen allmähliche Auflösung und Verdrängung durch die Industrie und des Großkapitals, die daraus resultierende Spaltung der gesamten Kulturmenschen in zwei sich schroff gegenüberstehende Interessenschichten, die zwischen diesen beiden Klassen permanent zu führenden Kämpfe und deren Ergebnisse schilderte der Redner gleichfalls sehr anschaulich. Ausführlich ging der Referent auf die augenblickliche Lage unseres Berufes wie auch auf die Vorkommnisse im öffentlichen und politischen Leben ein. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, daß jeder seine Schuldigkeit als Kollege wie als Staatsbürger zu tun verpflichtet sei.

Alsdann gab der Kollege Walter einen Bericht über das verlossene Jahr, welchem zu entnehmen ist, daß es eines der arbeitsreichsten Jahre war seit Bestehen der Zentrale. War es uns doch möglich, in den drei Karosseriebetrieben Tarifverträge abzuschließen, welche einen schönen Erfolg gebracht haben. Es war uns leider nicht möglich, einen Einheitsstarif zu schaffen, wollten wir es nicht zum Kampf kommen lassen. In den Bericht schloß sich eine rege Diskussion. Unter „Verschiedenes“ wurde angeregt, am Sonntag einen Ausflug nach Weinsberg zu unternehmen; diesem wurde zugestimmt. Von schönem Wetter begünstigt, ging der Ausflug vor sich, nur hätten die Kollegen sich etwas mehr daran beteiligen können.

Seutenhamm. (E. 25. 3.) Nach einer am Montag, den 20. März 1911, durch den Gauleiter Höf vorgenommenen Hausagitation, bei der wieder eine beträchtliche Anzahl neuer Mitglieder gewonnen wurde, fand am Abend eine gut besuchte Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz in Offenbach; 2. Obligatorische Einführung des 55-Pf.-Vertrages; 3. Verschiedenes. Der Bericht von der Bezirkskonferenz wurde von dem Vorsitzenden Georg Wilhelm gegeben und von allen Kollegen mit voller Zufriedenheit entgegengenommen. Bei Punkt 2 hielt Gauleiter Höf ein längeres Referat über den Vorteil des 55-Pf.-Vertrages, und es wurde ohne längere Diskussion beschlossen, den 55-Pf.-Vertrag obligatorisch ab 1. April 1911 einzuführen. Unter „Verschiedenes“ wurde auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, den Versammlungstag auf den ersten Montag im Monat festzusetzen. Alsdann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Dresden. (E. 25. 3.) Am den Vertrauensleuten und Funktionären des Verbandes Gelegenheit zu geben, sich über das Wissenswerte auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes und der Arbeiterversicherung zu unterrichten, hatte die Ortsverwaltung beschlossen, an vier aufeinanderfolgenden Freitagen Vorträge über die oben genannte Materie halten zu lassen. Als Referent war der Genosse Arbeitersekretär Bud gewonnen worden und behandelte derselbe an den ersten beiden Abenden, am 17. und 24. Februar, das Arbeiterrecht. Zunächst die historische Entwicklung des Arbeitsvertrages; dann das Gewerbegerichtsrecht und zum Teil das Bürgerliche Gesetzbuch. An den beiden nächsten Abenden, am 10. und 17. März, wurde das Krankenversicherungsrecht, das Unfall- und Invalidenversicherungsrecht behandelt. Redner verstand es an allen Abenden, seine Zuhörer zu fesseln, und war die Aussprache und Fragestellung immer eine recht lebhafte. Durch das Anführen sehr vieler Beispiele aus der Praxis des Arbeiterssekretariats wurde den Hörern das Verständnis für diese Gesetzesbestimmungen und deren Auslegung leichter gemacht und man kann annehmen, daß durch diese Veranstaltung sich die Kollegen Wissen angeeignet haben, welches sie in eigenem Interesse oder zur Aufklärung anderer bedürftig werden können. Der Besuch fiel auch hier zu wünschen übrig, es waren nur 25-30 Kollegen, welche von dieser Veranstaltung Gebrauch machten. Es machte sich eigentlich notwendig, noch einen Abend anzufügen, da der Vortragende das letzte Thema nur in Kürze behandeln konnte, doch soll später für eine Versammlung der Genosse Bud als Redner gewonnen werden und der Aufbau der Versicherung und der Stand der Reichsversicherungsordnung behandelt werden.

**Dresden.** In einer leider nur mäßig bekannten Versammlung (siehe 130) stellten sich am 2. April 1912 die Arbeiter der Maschinenfabrik in Dresden. Die vorerwähnten Kämpfe in allen Teilen der Bewegung im Jahre 1910. Auch für die nächsten Jahre, nicht nur durch die Fortsetzung und praktischen Verlauf der Verhandlungen, sondern auch durch die Fortsetzung der Verhandlungen, waren die Verhandlungen interessant und der Arbeiter konnte wohl am Ende seines Fortschritts mit Recht feststellen, daß sein Kampf ein Teil der Bewegung und Streiks rechtlich zu vertreten, doch ein großer Teil unterer Stellen im Jahre 1910 eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage hervorbringen konnte. Auch das Jahr 1911 hat wieder mit Verhandlungen eingeleitet und wird noch weitere Kämpfe bringen. Dazu, so ist die Rede, ist es notwendig, daß jeder Arbeiter durch Verben für die Organisation und regelmäßigen Verhandlungen seine Pflicht tut. Am Schluß der Diskussion nahm Kolleg-Fisch nochmals das Wort und ermahnte insbesondere die Dresdener Wagenfabrik und Metallarbeiter, die sehr schnell vertreten waren, ihre Interessen besser wahrzunehmen.

**Aus anderen Organisationen.**

**Lohnbewegungen im Tapetierergewerbe.** Die Lohnbewegungen im Tapetierergewerbe gestalten sich in diesem Frühjahr sehr unangenehm. In jetzt 15 Städten müssen bestehende Verträge erneuert werden. Der Zentrallohnverband ist schon seit Jahren bemüht, die Tarifverträge auf einen bestimmten Zeitpunkt zu erneuern, um so seinem Kampf nach einem Reichsstatut näherzukommen. Bis heute in dieses Verlangen an dem Widerstand des Verbandes der Tapetierer gescheitert. Besonders Interesse beansprucht die diesjährige Bewegung darum, weil Berlin und Hannover mit über 1000 Berufsangehörigen an der beteiligt sind. Die bisherigen Verhandlungen, die mit Ausschluß zweier Stadtgruppen für jeden Ort besonders geführt werden, haben schon zu einer Reihe von Tarifabschlüssen mit dreijähriger Geltungsdauer geführt.

In Danzig wurde nach achtjährigem Streit eine Tariferneuerung erreicht, die bei 55wöchiger Arbeitszeit einen Mindestlohn von 57 Pf., ab 1911 55 Pf. vorsieht. Der Lohnzuschlag beträgt 4 Pf. — In Hamburg weigerte sich die Zwangsvereinigung zunächst ganz entschieden, eine Verkürzung der 55wöchigen Arbeitszeit herbeizuführen. Der Mindestlohn soll sofort von 56 auf 60 Pf. steigen und innerhalb in vier Jahren auf 65 Pf. kommen. Die Junggefellensmindestlöhne sollen von 46 auf 50 und in vier Jahren auf 55 Pf. steigen. Der Akkordgarantielohn soll von 65 auf 75 Pf. erhöht werden. Die Arbeitszeit soll von 53 Stunden halftelweise auf 51 Stunden in vier Jahren sinken. Wie wir erfahren, in die Bewegung in Hamburg erfolgreich beendet worden. — In Breslau, wo 80 Junggefellener 30 Gehilfen beschäftigen, während die größeren Betriebe außerhalb der Innung stehen, wurden die Verbesserungen durch Einzelverträge erreicht.

In Berlin sind die Verhandlungen abgebrochen, da der Schutzverband auf Abschluß eines fünfjährigen Vertrages bestand, der keinerlei Verkürzung der schon seit Jahren 55wöchigen Arbeitszeit bringen sollte. Der Durchschnittslohn sollte auf 73 resp. 75 Pf. festgelegt werden. Die Forderung dieser zuerst schon bestehenden Lohnsätze auf weitere fünf Jahre lebten die Gehilfen ab. Es wird zuerst in Verhandlungen mit den einzelnen Betrieben der Magazinsbranche versucht, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden und eine Lohnerhöhung von 5 Pf. durchzuführen. Diese Forderungen sind schon in einer größeren Anzahl von Betrieben bewilligt. Die Unternehmer drohen mit einer Aussperrung.

**Streit der Tapetierer in Thüringen.** Nach längeren Verhandlungen mit den Unternehmern wurde für die Städte Erfurt, Weimar, Gotha, Eisenach und Jena ein Tarifvertrag vereinbart. Später versuchten die Unternehmer, nach drei weitere Bestimmungen in die Abmachung einzubringen. Vor allem wollten sie, daß auf die gewählte Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde alle in den letzten 12 Monaten erfolgten Lohnerhöhungen in Anrechnung gebracht werden sollten. Diese Forderung mußten die Gehilfen ablehnen. Darauf wurden die Forderungen jedem einzelnen Unternehmer zugestellt, von denen 9 mit 14 beschäftigten Gehilfen bewilligten. In allen übrigen Betrieben legten die Arbeiter die Arbeit nieder, so daß sich jetzt 50 Gehilfen im Zustand befinden. In allen Teilen drängt die Arbeit außerordentlich.

**Lohnbewegung der Hand Schuhmacher in Ostpreußen.** In Osterode sind alle im Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen organisierten Hand Schuhmacher und Arbeiterinnen am Sonnabend, den 18. März, von den Hand Schuhfabrikanten

getündigt worden. Die Hand Schuhmacher haben ihren am 1. April d. J. ablaufenden Tarifvertrag getündigt und Forderungen auf Verbesserung der Arbeitszeit gestellt. Außerdem forderten sie vor allen Dingen Abschaffung der Haus- und Heberzeitarbeit. In Betracht kommen 370 Hand Schuhmacher und 23 Arbeiterinnen.

Einen günstigen Ausblick ihrer Bewegung ergaben die ebenfalls im Lederarbeiterverband organisierten Weisgerber in Almenau. Die Arbeitszeit wurde von 19 auf 17 1/2 Stunden verkürzt. Der Stundenlohn erhöht sich sofort um 2 Pf. pro Stunde, am 1. April 1912 um einen weiteren Pfennig. Die Akkorderbeiter erhalten dementsprechende prozentuale Aufschläge. Der Stundenlohn für Maschinenarbeiter wurde auf 50 Pf. normiert und erhöht sich vom 1. April 1912 auf auf 52 Pf.

**Der Gewerkschaftsangehörte als „Ausländer“.** Der Metallarbeiterverband (Bezirk Frankfurt a. M.) unterhält für die Mitgliedschaften des Luxemburger Landes einen Sekretär, der seinen Sitz in Diebentzen hat. Am Montag erhielt dieser Sekretär, Genosse Franzenreuther, eine Aufstellung des Groß-Ministeriums, wodurch ihm das fernere Betreten des Landes verboten wird, weil er sich als „Ausländer“ tätig gemacht habe. Dem Luxemburger Metallindustriellen ist damit staatliche Hilfe zur rechten Zeit gekommen.

**Wetters Risiko.** Vor einiger Zeit wurde von den Augsburger Gelben der Versuch gemacht, auch in der Maschinenfabrik Borch in Heidenheim einen gelben Werkverein zu gründen. Die Arbeiter der dortigen Firma zeigten jedoch wenig Verständnis für die gelben Arbeitswilligenorganisationen und sprachen sich in einer vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung, die einen angenehmen Besuch anwies, einmütig dagegen aus. Trotzdem der schweizerische Fabrikant den zu gründenden gelben Vereine eine Schenkung von 100.000 Mark in Aussicht gestellt hatte, meldeten sich nur einige alte invalide Arbeiter zum Beitritt, während der Metallarbeiterverband einige hundert neue Mitglieder gewann. Auf Grund dieses Ergebnisses hat der Fabrikant seine Zusage, für die Gelben 100.000 Mark zu spenden, zurückgezogen. — Der ebenfalls von Augsburg aus unternommene Versuch, in einer Textilfabrik in Heidenheim einen gelben Verein zu gründen, ist gleichfalls gescheitert. Von etwa 500 Arbeitern erschienen in der Gründungsversammlung ganze 6 Mann, so daß die Gründer mit langer Nase abziehen mußten. Die gelbe Arbeitergespaltung ist durch das mannhafte Verhalten der Arbeiter aus den Betrieben in Heidenheim ferngehalten worden.

**Soziales.**

**Englische Kollektivarbeitsverträge.** Das Arbeitsressort der British Board of Trade hat soeben einen Bericht herausgegeben, betitelt: „Kollektivverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeiterbesitzerung im vereinigten Königreich“. Die Wichtigkeit des Gegenstandes ist durch die Tatsache gezeigt worden, daß 1896 solcher Verträge auf 2.400.000 Arbeiter durch ihren Einfluß geltend machen und nun in Kraft getreten sind. Von diesen Verträgen sind 30 mit ablaufenden Lohnsätzen, 563 sind Akkordlohn-Verträgen und 1103 sind Fabrikverträge. Sie verteilen sich folgendermaßen:

Gewerbe	Verträge	Arbeiter
Baugewerbe	803	200.000
Bekleidungsbranche	303	50.000
Textilbranche	113	400.000
Transportgewerbe	92	500.000
Druckerei	79	40.000
Metall-Maschinen und Schiffbau	183	230.000
Gruben und Steinbrüche	56	900.000
Ander Gewerbe	87	20.000

In vielen Fällen sind diese Verträge mit permanenten Schlichtungskommissionen und kombinierten Ausschüssen in den verschiedenen Gewerben verbunden, deren gegenwärtig 282 vorhanden sind; auch 14 Bezirkskommissionen, welche allgemeine Vermittlungsgesetzen und nicht irgendeinem besonderen Gewerbe gegenüber beschränkt sind, und zwei Kommissionen, deren Arbeit auf Fragen, welche einen Einfluß auf Arbeiter von mitwirkenden Vereinigungen ausüben, beschränkt sind. Wie in einem Regierungsbericht vermerkt wird, sind die Funktionen dieser Vermittlungskommissionen sehr verschiedenartig, aber ihr wichtigster Wert hängt von Arbeitsstörungen sowohl als Streiks oder Aussperrungen, welche bereits mehrere tagelangen haben, ab. Von 7598 Fällen, welche durch Vermittlungskommissionen in den letzten 10 Jahren (1900—1909) geregelt worden sind, gingen nur 104 oder ungefähr 1 Proz. durch Arbeits-einstellung vor sich.

Einige dieser Verträge enthalten viele Details und Maßregeln, nicht nur in bezug auf Lohnverhältnisse und Arbeitszeit, sondern auch auf die Anzahl der Beschäftigten in den spezifizierten Arbeiten, Ver-

teilung der Arbeiten in heißen Zeiten, Veranlagung irgendwelcher Arbeiter, Bedingungen, unter welchen jugendliche Arbeiter eingestellt werden, Vermittlung und schiedsgerichtliche Verfahren. Alle diese Verträge sind in dem Bericht genau dargestellt, ihre Bedeutung und ihr Zweck gleichfalls beleuchtet. Während alle diese Verträge zweifellos von Nutzen für die Arbeiter durch die feste Festlegung von Löhnen und Arbeitszeit sind, so sind sie auch von einem gleichen, wenn nicht noch größeren Nutzen für die Arbeitgeber. Denn die große Vorkerkerschaft dieser Verträge in den wichtigsten Industriezweigen muß einen großen Einfluß auf das industrielle Unternehmen haben, sobald die gleiche Höhe der Löhne, die Länge des Arbeitstages und andere hauptsächlich Bedingungen der Arbeit für besondere Perioden reguliert sind. Die betreffenden Unternehmer müssen umhinde sein, mit Genauigkeit jenen Teil der Kosten Produktion, welche durch die Arbeit hoch repräsentieren, zu kalkulieren. Ferner, wenn diese Verträge das Ganze oder einen großen Teil der Änmen binden, welche an einem vergeblichen Geschäft interessiert sind, in die Gefahr von Unterbrechung von Montagen, welche es für möglich halten, Arbeit zu einem niedrigen Preise zu bekommen, materiell reduziert.

Dieser Regierungsbericht über Kollektivverträge, sagt ein Journal, ist mehr als interessant, zugleich auch epoche machend; während ein anderes schreibt, daß diese Publikation eine vollständige Erklärung aller Verträge enthält. Mit einem allgemeinen Überblick über die Bedeutung und Nutzen derselben würde sie sehr nützlich sein den Unternehmern gegenüber als ein Weck von Belehrung und Aufmunterung.

**Der Schnapsblod sucht Sünderböse.** Die Behauptungen der Schnapsblodler, daß die Finanzreform die deutschen Finanzen gründlich abesseit hätte, ist ein ganz großer Schwindel. Nach dem Reichsstatistikamt für 1911 sind die Einnahmen aus den Finanzreformmaßnahmen und den erhöhten Zöllen nicht um mehr als 400, sondern nur um 272,9 Millionen Mark höher als 1908. Es ist soviel mehr, steht auch noch dahin, deshalb mag ruhig weiter getupelt werden. 89,6 Millionen Mark, die im ordentlichen Etat als Ausgaben für die gesetzlich vorgeschriebene Schuldentilgung gebucht sind, werden nicht zur Schuldentilgung gebucht, sondern erscheinen als Einnahme im außerordentlichen Etat, damit man ja nicht mit einer Anleihe von 197,4 Millionen Mark auskommen braucht, sondern nur mit 117,8 Millionen Mark!

Solche Sachen müssen schließlich auch dem Volke auffallen und so ist es denn ganz erklärlich, daß der Schnapsblod nach Sünderböse sucht, deshalb wäret die Zentrumspreffe (Trompete, vom 24. 2. 1911) wieder einmal die Geschichte der Kaffee-Marktsituation auf. Es ist dies die vom Staats Sao Paulo finanziert durch 300 Millionen Anleihe (von der auch deutsche Kapitalisten 40 Millionen genommen haben!) unterstützte Aktion der brasilianischen Kaffeeproduzenten, welche 7 Millionen Saft Kaffee dem Markt entzogen, sie aufspeicherte und dadurch den Preis enorm in die Höhe trieb. Die Zentrumspreffe rechnet nun so, daß jeder Pfennig, um den der Weltmarktpreis des Kaffees infolge dieser Spekulation steigt, für Deutschland ein jährlicher Verlust von 4 Millionen Mark bedeute. Es ist selbsterklärend zuzugeden, daß die brasilianischen Spekulationspraktiken zu verurteilen sind, aber es entspricht ja durchaus der von der Zentrumspreffe verteidigten kapitalistischen Moral, wertvolle Produkte verkaufen zu lassen, oder sie ins Meer zu versenken, nur um die Preise hochzuhalten. Das haben nicht nur brasilianische, sondern auch deutsche Kapitalisten des öfteren getan. Zwischen der Kaffeemarktsituation und dem Verschleudern deutscher Kohlen, deutschen Eisens ins Ausland, dem Versenken von Schiffsladungen von Dergingen ins Meer, um die Preise für diesen Fisch des Heinen Mannes hochzuhalten, ist nur ein Unterschied dem Grade nach, nicht aber dem Wesen nach vorhanden.

Tatsache ist und bleibt aber doch: wenn nach der Rechnung der Zentrumspreffe 1 Pf. — Preiserhöhung für den Kaffee auf den deutschen Verbrauch einen Verlust von 4 Millionen Mark jährlich bedeutet, so bedeutet die durch den Finanzreformzoll bedingte Preiserhöhung von 10 Pf. für das Pfund ungebraunten Kaffee einen Verlust für Deutschland von 40 Millionen Mark im Jahr! Auf gebrannten Kaffee beträgt die Preiserhöhung 12 1/2 Pf. Die Preiserhöhung auf Grund der Hollerhöhung ist aber zweifellos noch bedeutender, so daß für diese Mehrausgabe von 50 bis 80 Millionen Mark pro Jahr das deutsche Volk sich bei dem Schnapsblod bedanken kann, für die Gesamtverküderung des Kaffees durch den Zoll, die (immer nach der Zentrumsrechnung) bei einem Zollass von 60 bezw. 85 Mt. pro Doppelzentner mindestens 120 bis 150 Millionen Mark jährlich für Deutschland beträgt, sind natürlich die gesamten Zollwiderparteien, einschließlich der Nationalliberalen, verantwortlich!



Genossenschaftliches.

Die Nordhäuser Mautabatarbeitergenossenschaft verfehlte jeden ein geschmackvoll ausgestattetes Buchlein, welches einen Einblick auf die Entwicklung des Genossenschaftsunternehmens werft.

Anlässlich der großen Ausperrung der Mautabatarbeiter im Jahre 1901 von 58 Mautabatarbeitern begründet, hatte dieselbe in den ersten Jahren ihres Bestehens als reine Produktivgenossenschaft mit großen Schwierigkeiten zu rechnen.

Erst durch das wachsende Interesse der Konsumgenossenschaften für die Fabrikate der Mautabatarbeiter-Genossenschaft war es derselben möglich, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute ist.

Infolgedessen ist das Unternehmen heute als ein Produktivunternehmen der Konsumgenossenschaften zu bezeichnen, welches auch zur Evidenz aus den beigebenen Umfassungsergebnissen hervorgeht, indem über 70 Proz. des Gesamtumsatzes an Konsumvereine abgesetzt wird.

Entsprechend dem genossenschaftlich geregelten Absatzgebiet hat sich die finanzielle Grundlage der Genossenschaft in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Während dieselbe in den ersten Jahren von Lieferanten und Geldgebern abhängig war, verfügt sie heute über ein eigenes Betriebskapital von rund 80.000 Mk. und besitzt ein eigenes Grundstück im Werte von 72.000 Mk., in welchem die Fabrikation untergebracht ist.

Parallel mit der fortschreitenden günstigen Entwicklung des Unternehmens sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Betrieb Beschäftigten ausgebaut worden.

Im Jahre 1910 wurde der erste Tarif in der Mautabatarindustrie zwischen dem Fabrikarbeiterverband und der Mautabatarbeiter-Genossenschaft abgeschlossen.

Nach diesem zahlt die Genossenschaft 25 bis 38 Prozent höhere Löhne, als die am Orte ansässige Privatindustrie.

Außerdem gewährt sie allen im Betrieb Beschäftigten unter Fortzahlung des vollen Lohnes einen Ferienurlaub von 6 Arbeitstagen jährlich und trägt die vollen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung.

Weiter sind sämtliche männlichen Arbeiter in der Unterstützungsstufe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine versichert.

Alles in allem zeigt die Entwicklung des Betriebes, daß sich derselbe unter Einhaltung der genossenschaftlichen Grundsätze zu einer Genossenschaft ausgebaut hat, auf die jeder Genossenschaftler mit Stolz blicken kann, und in der auch für die Beschäftigten in sozialer Beziehung etwas geleistet worden ist.

Wir können deshalb jedem Konsumenten von „Nordhäuser Wein“ die Fabrikate der „Mautabatarbeiter-Genossenschaft“ nur empfehlen.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Bei der Beratung des Etats des „Zinnern“ hob sich die Debatte in der Reichstagskammer noch einmal über das übliche Niveau hinaus, als das Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ behandelt wurde. Die Verheerungen, die die Tuberkulose im Volke anrichtet, wurden vom sozialdemokratischen Abgeordneten Ziefisch zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht, um nachzuweisen, wie unsagbar dürftig die zur Bekämpfung dieser verheerenden Krankheit aufgewandten 100.000 Mk. sind gegenüber den 1 1/2 Milliarden, die für den Militärausgaben verpulvert werden. Näher wies dann Ziefisch an der Hand statistischer Tabellen nach, wie besonders die Tuberkulose eine Verursacherin der Arbeitslosigkeit bei den Glasbläsern und Porzellanarbeitern ist. Tiefen Mitleidsbitten gegenüber vernachlässigter Regierung die Möglichkeit prophylaktischer Maßnahmen. Im Zusammenhang damit erwähnte Ziefisch auch, daß die sächsische Regierung die Beteiligung der Gewerkschaften an der geplanten Hygieneausstellung in Dresden, insbesondere die Veranstaltung einer Gemaltesausstellung, bereits haben. Herr Debründ wußte darauf nur zu erwidern, daß er nicht „zufällig“ für Sachsen ist, der sächsische Regierungsvorsteher hingegen „wies“ nach, daß die sächsische Regierung „unschuldig“ an der Ausschaltung der Gewerkschaften sei.

Die Ausländer- bezw. Einwanderungsfrage spielte auch wieder einmal eine Rolle im Reichsparlament. Während die Agrarier und Junker mit Trausätzen darüber wachen, daß nicht aus dem Auslande die Kauf- und Klauenfüße bei uns eingeschleppt wird, indem man die Grenzen gegen die Vieh- und Fleischzufuhr hermetisch abschließt, zerschert dieselbe Gesellschaft darüber, wenn auch nur die geringsten Schwierigkeiten entstehen beim Bezüge ausländischer Arbeiter. Bei den deutschen Kanal- und Eisenbahnbauten werden fast ausschließlich nur solche Ausländer beschäftigt, die aus den Gegenden stammen, wo das angeblich „berseuchte“ Vieh beheimatet ist.

Diese Leute werden aber nicht etwa deshalb nach Deutschland geholt, weil sie billiger sind, nein, weil es nicht genügend deutsche Arbeiter gibt, die diese Arbeiten verrichten können! — Auch das in nichts weiter als eine Liebesgabe an die Junker und Großindustriellen, damit sie den heimischen Arbeitskräften nicht die entsprechenden Löhne zu zahlen brauchen. In Deutschland haben wir also das traurige Schauspiel zu verzeichnen, daß mittels Staatshilfe die Arbeitslöhne gedrückt und die Fleisch- und Lebensmittelpreise furchtbar gesteigert werden. Welcher brave Deutsche jänge nicht angefaßt dieses Faktums sein „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“ mit besonderer Anbrunn und Heberzeugung?

Die Verhöhung der Witwen und Waisen, denen man im Jahre 1902, als der große Aderlaß und Zollraubzug an dem deutschen Volke vollzogen wurde, eine Unterstützung zugesagt hatte, geht, wie vorausgesehen war, ihren Gang weiter. Man hat wiederum das Inkrafttreten des Gesetzes hinausgeschoben, und zwar bis zum 1. Januar 1912. Daß es an diesem Tage nun aber auch wirklich in Kraft treten wird, wagen wir nicht zu behaupten. Bis zum Jahre 1910 sollten nämlich nach den Berechnungen der Räter dieses Schwindels, und wer könnte das sonst wohl sein, als die „frommen“ Zentrumsjuristen, 400 Millionen Mark angesammelt sein, die sich aus den Heberzinsen der Zollbeiträge ergeben sollten. Es sind aber nur 16 1/2 Millionen Mark vorhanden, die allerdings nicht hin- und nicht herreichen. Die ursprünglich erhoffte Summe konnte nicht eintreffen und kam auch nicht ein, aber allein in den Jahren 1909 und 1910 haben von den für die Witwen und Waisen bestimmten Beträgen die Junker mit Hilfe der Einjahrscheine 47 1/2 Millionen Mark geschluckt und so ist es erklärlich, daß für die Witwen und Waisen nicht viel übrigbleiben konnte.

Auch das Schmerzenskind des Reichsetats, nämlich der Kolonialetat, wurde in dieser Woche zum Teil durchberaten. Herr Erzberger vom Zentrum hielt dabei eine „Abe“, die nach ihm der konservern Junker Dröschler halten wollte. Diese Tatsache allein mag genügen, um zu illustrieren, wie das Zentrum die Kolonialpolitik betrieben wissen will. Aus Dankbarkeit und innerer Bewegung für sozial „zentrumschriftliche“ Hilfe und Anerkennung erklärte denn auch der Kolonialminister unter dem Vorfall der „Schwarzen“, daß Kolonialpolitik und gründliche Durchklärung der Regier zwei sich deckende Begriffe sind! — Und da wundert man sich in den Kreisen der „Frommen“ darüber, daß sich die dunkelfarbigen Rassen so ungemein heftig gegen die von den Dunkelmännern wecker Dankfarbe so aufdringlich gepredigten „Sonnungen“ des Christentums und der Zivilisation sträuben. Interessante Vorgänge innerhalb der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages beleuchteten wieder einmal die Parlamentarier dieser struppelosesten aller Parlamentarier.

Aus Regierungsfreundlichkeit ließ man den einzigen wirklichen Sachverständigen, den die Partei hat, den General Häufeler, nicht zum Militärrecht sprechen, denn der Mann versteht etwas von dieser Materie und ist auch sonst kein unteilbarer Bewunderer des Kaiserreichs. Aus Freundschaft zu den Junkern und dem Rande der Landwirtschaft ließ man den bayerischen Bauernbündler Dr. Heim nicht zur Skatfrage sprechen. — Es handelt sich hier selbstverständlich um die Kommissionsberatungen, denn im Plenum wäre eine derartige Freiheitsberatung einzelner Abgeordneter nicht gut möglich. Der Dr. Heim ist aber ein rabiatere Schlingel und ein „Schieber“, er ließ sich durch die Polen in die Kommissionsbesitzungen, drohte auch nachher noch mit „effektvollem“ Krach gegen seine Peiniger vorgehen zu wollen, aber — es kam anders. Im „Parteiinteresse“ wurde der bawarisch polternde Dr. Heim zum Heimchen am zentrumsbolschewistischen Herd. Und lieblich und friedlich wie ein solches zierte er auch nur! — — Diplomatenkunft!

Wochen-Ribba! Bei der Reichstagswahl siegte, wie man allenfalls vorausahnen, aber nicht bestimmt annehmen konnte, der Antifemin über den Sozialdemokraten mit circa 900 Stimmen Mehrheit. Das Resultat ergab sich daraus, weil die Nationalliberalen eben nationalisliberal sind und ein großer Teil der freimütigen Fortschrittler noch immer rückschrittlich ist. Die Sozialdemokratie kann trotz der Niederlage mit dem Stimmenergebnis zufrieden sein.

Der deutsche Frauenrat hat unter ungeheurer Beteiligung im ganzen Reiche am 19. März stattgefunden. In unzähligen Versammlungen erhoben die proletarischen Frauen und Mädchen ihre Forderungen an die Gesetzgebung und die Staatsgewalt.

2000 Mk. sind zu verbieten. Diesen Betrag hat der sozialdemokratische Parteivorstand demjenigen öffentlich zugeführt, der die Ermittlung der Mörder bewerkstelligt, die den Arbeiter Hermann Feinertzeit in Moabit töteten. Kollegen, die zur

Ermittlung des oder der Mörder beitragen können, erfüllen eine Menschheit und Bürgerpflicht, wenn sie es tun, außerdem verdienen sie noch Geld! —

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß am 1. April die Zahl der Arbeitslosen und der sich aufhaltenden Zugereisten festgestellt werden muß. Die statistische Karte ist bis zum 8. April einzuliefern.

Der wöchentliche Beitrag der Verwaltungen stellen denjenigen, Ken-Neuburg, Kampenbeim und Weiskirchen beträgt von jetzt ab 55 Pf.

Der Kollege Georg Weidlich wird hiermit aufgefordert, seinen jetzigen Aufenthalt der Ortsverwaltung Essen mitzuteilen. Die Ortsverwaltungen und Kollegen, welche über den Aufenthalt desselben Auskunft geben können, werden ersucht, entsprechende Mitteilungen an Aug. Berger, Essen a. Ruhr, Wittingstr. 32, 3 Tr., gelangen zu lassen.

Der Zentralvorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Zum Abschied! Mit dem 1. April scheide ich aus meinem Amte und trete den mir vom Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter übertragenen Gasseiterposten in Frankfurt am Main an.

Allen meinen Kollegen, namentlich aber meinen Mitarbeitern und Freunden, rufe ich daher auf diesem Wege ein herzliches Lebewohl zu. Neue und schwierige Aufgaben sind es allerdings, die mir das neue Amt übertragen wird, ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß es mir auch hier gelingen wird, die Interessen der Arbeitererschaft wirksam zu vertreten, wie ich es bisher in meinem Berufe zu tun versucht habe.

Mit kollegialem Grusse  
Fritz Müntner.

Adressenänderungen.

Leipzig. K. C. Verbold, Kreuzstr. 19 III.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Brandenburger Versammlungen. Geschirrbrauche: Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. — Portefeuelles- und Meißnerartikelbranche: Mittwoch, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, bei „Graumann“, Naumburgerstr. 27. — Militärbranche: Mittwoch, den 5. April, abends 6 Uhr, im „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27c. — Linolesumkleiner und Teppichmacher: Mittwoch, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wehnacht, Grünstr. 21. — Wagengbranche: Mittwoch, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. — Eisenmöbel- und Leder- und Polsterer: Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. — Sektion Charlottenburg: Mittwoch, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3.

Chemnitz. Mittwoch, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, in „Stadt Meissen“, Kochligerstr. 8 I. — Essen a. d. Ruhr. Sonnabend, den 8. April, abends 9 Uhr, im Restaurant Schniering, Rheinische Straße.

Weselskirchen. Samstag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus (Saal 5).

Gera. Sonnabend, den 8. April, Versammlung in Rannenburg! Abfahrt 7 1/2 Uhr (Sächsischer Bahnhof).

Görlitz. Sonnabend, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Kreuz“.

Hamburg-Altona. Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Hannover. Freitag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Hellbrunn. Samstag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Marktplatz 6.

Kiel. Dienstag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Fährstr. 14.

München. Die Mitglieverversammlung am 8. April fällt aus (Quartalsversammlung der Krankenkasse).

Ostbuch a. M. Sämtliche Brandenburger Versammlungen fallen diesmal aus!

Stettin. Sonnabend, den 8. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus.

Wismar. Sonnabend, den 8. April, Mitglieverversammlung.

